

Wo es an fast allem fehlt

Exil-Afghanen unterstützen mit dem Verein Direkthilfe Daulatzai in Wetzikon ein Dorf am Hindukusch

Im Verein Direkthilfe Daulatzai bündeln Afghanen im Exil sowie Schweizer ihre Hilfe für Menschen im krisengeschüttelten Land. Die Infrastrukturprojekte und Patenschaften konzentrieren sich auf das Dorf Daulatzai im Südosten Afghanistans.

Ümit Yoker

Chomara sitzt im Schneidersitz auf dem Boden und drückt einen Daumen in das Stempelkissen; sie bewegt ihn leicht hin und her und setzt ihn dann unter die paar Zeilen auf einem Notizzettel. «Ja, ich habe die fünfzig Franken erhalten», bestätigt der Fingerabdruck. Denn wie man Chomara schreibt, weiss die Frau im langen rosafarbenen Kleid mit dem zarten Blumenmuster nicht. Das Geld, das ihr der Verein Direkthilfe Daulatzai monatlich zukommen lässt, reicht knapp für den Lebensunterhalt für sich und ihre Tochter.

Hilfe für Witwen und Waisen

Sima Ahmad klappt den Laptop zu. Die Vereinspräsidentin sitzt am Esstisch in ihrer Wohnung in Wetzikon, ihr Mann Sediq serviert süssen Tee und selbstgebackene Kekse. Die im selbstgedrehten Film gezeigte Chomara lebt über 5000 Kilometer vom Zürcher Oberland entfernt, in der Provinz Paktia im Südosten Afghanistans – in einem Dorf, in dem es an fast allem fehlt. Chomara ist eine von rund zwanzig Witwen und Waisenkindern, die von der Direkthilfe Daulatzai mit Patenschaften unterstützt werden.

Grössere humanitäre Organisationen suche man im Ort mit schätzungsweise 1300 Familien vergebens, sagt Kathrin Lenz-Raymann, Vorstandsmitglied des 2007 gegründeten Vereins. Diese wür-



Sima Ahmad, die Präsidentin des Vereins Direkthilfe Daulatzai.

KARIN HOFER / NZ

den aus Sicherheitsgründen meist von Kabul oder anderen Städten wie Herat oder Mazar-e Sharif aus operieren. Präsident Karzai habe die Kontrolle nur über einen kleinen Teil des Landes, das mehr als drei Jahrzehnte Krieg hinter sich hat. Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind Analphabeten, und jedes vierte Kind stirbt, bevor es das fünfte Altersjahr erreicht hat. «Es wäre purer Leichtsinn, wenn sich ein Ausländer in diese Gegend vorwagen würde», ist Lenz-Raymann überzeugt. Damit würde die Person nicht nur sich selbst, sondern unter Umständen auch das Projekt

gefährden. Für die gebürtige Afghanin Sima Ahmad ist Daulatzai ebenfalls Neuland; erst vor knapp einem Jahr hat sie das Dorf zum ersten Mal besucht. «Natürlich hatte auch ich ein mulmiges Gefühl», sagt die 48-jährige Mutter von zwei Töchtern. Ihr Mann und sie würden nie gemeinsam eine Krisenregion besuchen. «Jemand muss hier sein, falls dem anderen etwas zustossen sollte.» Denn ganz beseitigen lassen sich die Risiken trotz Sprachkenntnis und Vertrauen aus der Region nie. Ahmad selbst wuchs in der Hauptstadt Kabul auf und schloss dort ihr Studium als

Elektroingenieurin ab, bevor sie 1989 – hochschwanger und mit ihrer zweijährigen Tochter – als 24-Jährige in die Schweiz flüchtete; ihr Mann folgte wenige Monate später. Seit mehr als einem Jahrzehnt arbeitet sie in einem Alterswohnheim in Wetzikon.

Bessere ärztliche Versorgung

Die Mehrheit der gut zwei Dutzend Mitglieder der Direkthilfe Daulatzai kommt wie das Ehepaar Ahmad selbst aus Afghanistan und hat zuvor schon auf privater Basis Landsleute unterstützt. Zwei Mitarbeiter aus Kabul besuchen Daulatzai regelmässig, überbringen Geschenke und Spendengelder und überprüfen, ob Letztere auch für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden – neben der Unterstützung von Einzelpersonen dienen die Spenden in den vergangenen Jahren beispielsweise auch dem Bau mehrerer Brunnen sowie provisorischer Schulräume. Die beiden Männer kannten nicht nur die Gegend, sondern auch die Mentalität, sagt Lenz-Raymann, was Konflikte vermeiden helfe. So würden Abmachungen etwa meist mündlich getroffen, werde die Forderung nach einer schriftlichen Vereinbarung doch oft als Misstrauensbekundung verstanden.

Vor kurzem ist im Auftrag der Direkthilfe Daulatzai zudem ein medizinisches Ambulatorium errichtet worden, das in den nächsten Wochen in Betrieb genommen werden soll. Unter dessen Dach befindet sich auch eine Beratungsstelle für Frauen. «Die Müttersterblichkeit ist in abgelegenen Gegenden wie hier besonders hoch», sagt Sima Ahmad. Vielen Frauen ist es untersagt, das Dorf zu verlassen – die nächste Klinik jedoch ist eine mehrstündige Autofahrt entfernt. Als Nächstes hofft Ahmad nun, dem Ort eine richtige Schule ermöglichen zu können. So schnell werden die Projekte in Daulatzai nicht enden.

Vormundschaftswesen fertig beraten

Doch keine Lex Stadt Zürich

sho. · Der Kantonsrat hat am Montag in der 2. Lesung zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht einen Entscheid vom Mai korrigiert. Demnach wählt künftig auch in Zürich die Exekutive die nach fachlichen Kriterien zusammengesetzte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Ein Rückkommensantrag von Renate Büchi (sp., Richterswil) und Patrick Hächler (csp., Gossau) wurde mit 107 zu 62 Stimmen angenommen. Damit setzte sich die ursprüngliche Version der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) durch. In der ersten Beratung hatte der Rat auf Antrag der SVP für Gemeinden, die einen KESB-Kreis bilden, was nur für Zürich zutrifft, das Parlament als Wahlbehörde bestimmt. Der Zürcher Stadtrat hatte die Bestellung der neuen Mitglieder aber längst in die Wege geleitet, sollen sie doch gemäss Vorgabe des Bundes Anfang 2013 ihre Arbeit aufnehmen.

Gemäss Lorenz Habicher (svp., Zürich) würde die Wahl der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde durch den Zürcher Gemeinderat mehr Öffentlichkeit und Transparenz schaffen. Wähler der Stadtrat die Mitglieder, sei das Hinterzimmerpolitik. Es brauche keine spezielle Regelung für Zürich, entgegnete Büchi sowie Esther Guyer (gp., Zürich). Eine Kehrtwendung seit Mai vollzog nach reiflicher Überlegung die FDP: Die Wahl der bisherigen Vormundschaftsbehörde durch das Parlament sei keineswegs immer über alle Zweifel erhaben gewesen, sagte Urs Lauffer (fdp., Zürich). FDP und CVP verwarfen sich gegen den Vorwurf der SVP, Zürcher Stadträte hätten bei ihnen lobbyiert.

Ausserdem reduzierte der Rat die Anzahl Ersatzmitglieder für die KESB von 3 auf 2. In der Schlussabstimmung nahm er die Vorlage mit 165 gegen 4 SVP-Stimmen an.

Mehr Mitsprache bei Konkordaten

Der Kantonsrat wird stärker in die Gestaltung der Zürcher Aussenbeziehungen einbezogen

Der Regierungsrat muss in Zukunft die Kommissionen des Parlaments umfassend über die interkantonale Zusammenarbeit informieren. Die neue Regelung ist im Kantonsrat unbestritten.

sho. · Es gibt Fragen, da ist weniger die Parteifarbe wichtig, als wo jemand sitzt; im Parlament oder in der Regierung. Etwa wenn es darum geht, wie das Parlament Einfluss auf die Aussenbeziehungen des Kantons nehmen kann. Der Regierungsrat hatte dazu 2010 einen Vorschlag ausgearbeitet, mit dem sich die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) gar nicht anfreunden konnte. Vorgesehen war, dass das Parlament nur alle vier Jahre zu Beginn der Legislatur Erklärungen zu den Aussenbeziehungen hätte abgeben können.

Mitsprache vor dem Mandat

Die Kommission formulierte einen völlig neuen Vorschlag und stellte sich einstimmig dahinter. Kernstück ist die neue Bestimmung im Kantonsratsgesetz, dass der Regierungsrat die zuständige Sachkommission «laufend und umfassend» über Vorhaben der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit informiert. Zweimal im Jahr, im Mai und im November, erstattet er über laufende und geplante Vorhaben Bericht. Diese Informationen stehen unter Amtsgeheimnis, um den Spielraum für Verhandlungen nicht einzuengen.

Weiter konsultiert die Regierung die Sachkommissionen vor der Erteilung eines Mandats für Verträge oder für die Mitwirkung in interkantonalen Gremien. Das Ergebnis, meist ein Konkordat, muss der Kantonsrat genehmigen. Damit stärkt der Kantonsrat seine Mit-

sprache auf einer Ebene, die immer wichtiger wird, wo die demokratische Kontrolle jedoch noch ungenügend ist. Insbesondere in der Bildung und in der Gesundheit stellen die kantonalen Direktorenkonferenzen wichtige Weichen, denen teilweise fast der Stellenwert eines Bundesbeschlusses zukommt. Aber auch in weiteren Gebieten wie der Verkehrs-, Sicherheits- und Steuerpolitik nimmt die Bedeutung der interkantonalen Absprachen zu. Derzeit gibt es rund 800 Konkordate.

Die Fraktionen im Rat waren sich am Montag einig, dass man «nach intensiven und kontroversen Diskussionen» eine pragmatische und tragfähige Lösung gefunden habe, wie STGK-Präsident Martin Farner erklärte. Die Entwicklung des informellen Austauschs unter den Kantonen sei grundsätzlich richtig, könne aber aus Sicht des Föderalismus problematisch werden, meinte Gregor Rutz (svp., Küsnacht). Unter diesem Gesichtspunkt sei die Vorlage

gut herausgekommen. Katharina Kull (fdp., Zollikon) strich hervor, dass der Rat neu auf den Inhalt von Verträgen Einfluss nehmen könne. Jetzt liege ein guter Mix mit den richtigen Zutaten vor, meinte Jörg Mäder (glp., Opfikon).

Verständlicher Wunsch

Justizdirektor Martin Graf wehrte sich nicht gegen das total umgeschriebene Gesetz. Der Wunsch des Parlaments nach mehr Mitsprache sei verständlich, die Vorlage habe an Klarheit und Kompaktheit gewonnen. Er äusserte aber Vorbehalte: Das Augenmerk sei auch auf die Beherrschbarkeit der neuen Regelung zu richten. Die Bestimmung, wonach der Kantonsrat mit anderen Parlamenten Verträge abschliessen könne, ritzt laut Graf die Kantonsverfassung. Das Aushandeln von Verträgen sei allein Sache der Regierung. Die Schlussabstimmung findet nach den Sommerferien und der 2. Lesung statt.

AUS DER SITZUNG DES KANTONSRAATS

► **Eingebürgerte.** Der Rat will nicht, dass eingebürgerte Personen statistisch separat erfasst werden. Er lehnt es mit 120 gegen 50 Stimmen der SVP ab, eine entsprechende Motion von Barbara Steinemann (svp., Regensdorf) zu überweisen.

► **Wahlprospekte.** Gemeinden werden nicht verpflichtet, einen gemeinsamen Versand von Wahlmaterial der Parteien zu organisieren. Die bürgerliche Mehrheit lehnt die Überweisung des EVP-Postulats mit 96 gegen 71 Stimmen ab.

► **Rekursfristen.** Der Rat lehnt die Überweisung eines Postulats von Hans-Peter Amrein (svp., Küsnacht) und Max Clerici (fdp., Horgen) für eine starre Rekursfrist im öffentlichen Recht ohne Möglichkeit der Erstreckung mit 124 zu 44 Stimmen ab.

► **Kanton soll für Impfschäden zahlen.** Der Kanton soll Tierhalter entschädigen, wenn Tiere wegen einer obligatorischen Impfung zu Schaden kommen. Diese Bestimmung hat der Kantonsrat ins neue Tierseuchengesetz aufgenommen. Zur Beurteilung der Schadensmeldungen bei Impfschäden soll eine Kommission eingesetzt werden, die sich aus Vertretern der Tierhalter, der Veterinärmedizin und der Verbände zusammensetzt. Die Forderung nach einem neuen Tierseuchengesetz geht auf Opposition aus Landwirtschaftskreisen zurück, die sich gegen vom Bund angeordneten Impfwang bei der Blauzungenkrankheit wehrten. Die Beratung des Gesetzes wird nach den Sommerferien mit der zweiten Lesung abgeschlossen. sho./rib.

FRISCH VOM MARKT

Solides in Schale

Hiesige Frühkartoffeln

flo. · Ein bisschen Luxus auf dem Teller darf schon sein. Also greifen wir am Marktstand zu den Frühkartoffeln und lassen ihre einjährigen Artgenossen links liegen. Zwar sind die Lagerkartoffeln einwandfrei und deutlich billiger, aber es sind ja nicht die Kartoffelpreise, die uns ins Armenhaus treiben. Die Neuen sehen einfach besser aus. Mit diesem Punkt eins ist unser Plädoyer für die Jüngsten unter den Kartoffeln noch längst nicht abgeschlossen. Sie sind schmackhaft und vitaminreich, ausserdem müssen sie nicht geschält werden (eigentlich schade: die straffen neuen könnte man leicht schälen, muss aber nicht; die gut gelagerten schält man oft nur mühsam, sollte aber).

Bei aller Begeisterung für die frischen Knollen empfiehlt sich bei der Menge eine gewisse Zurückhaltung. Denn auch bei den Kartoffeln sind die jüngsten die lebhaftesten, sie keimen schnell und werden rasch schrumpelig. Also lieber nur den Tagesbedarf einkaufen und sich auf den nächsten Marktbummel freuen. Weil dieser Tages sommerliche Wetterphasen nie ganz auszuschliessen sind, haben wir uns für ein mediterran angehauchtes Ofengericht entschieden; es passt gut zu Lamm vom Gartengrill.

Man nehme (für 4 Personen): 500 g gewaschene Frühkartoffeln, 2 mittlere Zwiebeln, 4 Knoblauchzehen, 2 kleinere Zucchini oder Auberginen, 8 Esslöffel Olivenöl und Gewürze. Die Kartoffeln je nach Grösse halbieren oder vierteln, die Zwiebeln in Stücke schneiden (nicht hacken) und die Knoblauchzehen schälen. Alles in eine mit Olivenöl bepinseltes Gratinform legen, weiteres Öl darüberträufeln, würzen. Im vorgeheizten Backofen bei 180 Grad für gut eine halbe Stunde garen. Herausnehmen und die Zucchini- oder Auberginen scheinchenweise dazulegen und zum Abschluss nochmals für 10 Minuten garen.



«Lady Crystal»: schmackhafte und vitaminreiche Frühkartoffeln. SIMON TANNER / NZ

Integrationsprojekte ausgezeichnet

vö. · Die Zürcher Fachstelle für Integrationsfragen hat am Montag zum ersten Mal den «Innovationspreis Integration» vergeben. Der mit 6000 Franken dotierte Preis geht an das Projekt «Thailändische Mikrounternehmerinnen» in Winterthur, wie die Justizdirektion schreibt. Dieses ermöglicht Migrantinnen, Restaurants mit thailändischen Menüs zu beliefern. Die Frauen erhalten eine Ausbildung in Gastrogepflogenheiten und verbessern ihr Deutsch. Sie arbeiten zunächst für einen Lohn, sollen sich aber später dank einem Mikrokredit selbständig machen.

Eine «lobende Erwähnung» geht an einen Spin-off der ETH Zürich: Die Service Hunter AG entwickelte eine Internetplattform (www.quitt.ch), die gemäss Medienmitteilung die Schwarzarbeit in den Privathaushalten verringern kann. Migrantinnen, die als Putzhilfen oder Kinderbetreuerinnen arbeiten, können sich via Website anwerben und rasch anmelden und damit ihren Status legalisieren.